

II-7012 der Beilagen zu den Stenographischen Protokollen
des Nationalrates XVII. Gesetzgebungsperiode

Nr. 3559 IJ

1989 -04- 05

A n f r a g e

der Abgeordneten Mag. Guggenberger, Dr. Jankowitsch und
Genossen
an den Bundesminister für Auswärtige Angelegenheiten
betreffend Todesdrohungen gegen österreichische Staats-
angehörige in Brasilien.

Nahezu täglich werden in Brasilien landlose Kleinbauern
und Landarbeiter ermordet, weil sie brachliegendes Land
bebauen, um nicht verhungern zu müssen, wie amnesty-
international berichtet. Großgrundbesitzer ordnen diese
Morde an und lassen sie von angeheuerten Killern durch-
führen.

Auch engagierte Priester, Gewerkschafter und Anwälte,
die der rechtlosen Landbevölkerung zur Seite stehen,
bezahlen dies häufig mit ihrem Leben.

Derzeit stehen 96 Priester und Gewerkschafter auf der
Todesliste der gedungenen Pistoleiros, darunter auch
4 Österreicher.: Pater Johann Schmid aus See in Tirol,
der Zisterzienser Pater Josef Hohenberger aus Eferding,
Schwester Maria Bernard von der Caritas und Bischof
Erwin Kräutler, der schon im Oktober 1987 knapp einem
Mordanschlag entgangen war, dem sein Mitarbeiter Pfarrer
Salvatore Deiana zum Opfer fiel.

Die internationale Gefangenenhilfsorganisation prangert
in diesem Zusammenhang die brasilianischen Behörden
an, die derartige Verbrechen mehr oder weniger untätig
hinnehmen.

"Anzeigen werden gar nicht aufgenommen, Untersuchungen werden - wenn überhaupt - unzulänglich durchgeführt, Verdächtige werden entweder gar nicht festgenommen, oder können unter Mithilfe der Polizei entweichen, belastende Dokumente verschwinden auf Nimmerwiedersehen," wie amnesty-international berichtet.

Die unterzeichneten Abgeordneten richten an den Bundesminister für Auswärtige Angelegenheiten die folgende

A n f r a g e :

1. Liegen Ihnen Berichte der österr. Vertretungsbehörden über diese Vorfälle vor?
2. Sind Sie bereit, an die brasilianische Regierung mit dem Ersuchen heranzutreten, zum Schutz der betroffenen österreichischen Geistlichen besondere Maßnahmen zu treffen?
3. Erklären Sie sich bereit, diese, schwere Verfehlungen der Menschenrechte und Grundfreiheiten darstellenden Vorgänge, zum Gegenstand der Behandlung in internationalen menschenrechtlichen Organen (z.B. der UNO-Menschenrechtskommission) zu machen?